

Rede beim Europäischen Rat am 7. Februar 2013
von Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

-es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das neue Jahr beginnt mit guten Nachrichten: Viele Zeichen deuten auf eine langsame wirtschaftliche Erholung hin, die Eurokrise ist aus den Schlagzeilen verschwunden und die Investoren kehren zurück. Doch erst wenn die sozialen Folgen der Finanzkrise, die hohe Arbeitslosigkeit, die wachsende Armut und die Staatsverschuldung überwunden sind, erst dann wird die Krise wirklich beendet sein. Bis dahin müssen wir gemeinsam unsere Anstrengungen auf die wirtschaftliche Erholung in Europa richten.

Einen großen Schritt sind wir dabei bereits vorangekommen: Die Risiken für die Eurozone sind verschwunden. Den Ausschlag gab der unbedingte politische Wille, die Eurozone zusammen zu halten. Diesen unbedingten politischen Willen, sich zu unserer gemeinsamen Zukunft zu bekennen, brauchen wir auch für die heutigen Verhandlungen und die kommenden Herausforderungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gerade angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen heißt am EU-Haushalt sparen, an der falschen Stelle sparen. Denn der EU-Haushalt ist eines der größten Investitionsinstrumente in Europa; ein Investitionsinstrument, das die Menschen in Europa heute mehr denn je brauchen. Der EU-Haushalt ist ja kein Geld für Brüssel sondern Geld für die Menschen in Europa. 94 Prozent unseres Haushalts fließen direkt in die Länder, in die Regionen und zu den Menschen zurück oder werden in unsere außenpolitischen Prioritäten investiert.

Um Klartext zu sprechen: Die vorgeschlagenen Kürzungen im EU-Haushalt sind nichts anderes als Leistungskürzungen - zum Beispiel bei der Verkehrsinfrastruktur, bei Breitbandnetzen, bei Erasmus, bei der ländlichen Entwicklung. Diese Kürzungen werden viele Menschen unmittelbar in ihrem täglichen Leben spüren. So sollen etwa die Mittel für die Lebensmittelbanken um die Hälfte gekürzt werden, obwohl sie heute mehr denn je gebraucht werden, weil sie für viele Menschen die einzige Mahlzeit am Tag bereitstellen. Hier zu kürzen widerspricht unserem wichtigsten europäischen Wert: Der Solidarität.

Bevor Sie nun heute in die Debatte über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einsteigen, möchte ich Ihnen drei zentrale Positionen des Europäischen Parlaments erneut vortragen. Wir haben bereits vor zwei Jahren mit den Arbeiten zum MFR im Rahmen des SURE-Ausschusses begonnen und seither unsere Positionen transparent vertreten. Da es sich um ein Zustimmungsverfahren handelt, empfehle ich Ihnen dringend, nicht nur die finanziellen sondern auch die strukturellen Überlegungen des Europäischen Parlaments mit einzubeziehen. Sie sind alle im Umgang mit Ihren nationalen Parlamenten erfahren. Sie wissen, dass die Wünsche der Parlamentarier ernst genommen werden müssen, wenn Sie deren Zustimmung erlangen möchten.

Zur ersten Position des Europäischen Parlaments: Wir wollen einen modernen EU-Haushalt. Der Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, wäre, so weit erkennbar, hingegen der am wenigsten zukunftsorientierte Finanzrahmen, den die EU je hatte.

Ich habe durchaus Verständnis für Präsident Van Rompuy, der sich in einer schwierigen Lage befindet. Denn er muss einen Kompromiss zwischen verschiedenen Staaten finden, die zunächst nur ihr nationales Interesse im Auge haben. Da wären erstens die Länder, die an der Agrarpolitik, zweitens die Länder, die an der Kohäsionspolitik und drittens, die Länder, die an einer starken Kürzung des EU-Haushalts interessiert sind. Die Van-Rompuy-Lösung ist nun, die Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik praktisch unangetastet zu lassen. Um die Gesamtsumme aber dennoch zu senken, soll bei den europäischen Zukunftspolitiken wie Forschung und Bildung der Rotstift angesetzt werden. Das ist aber die schlechteste Lösung. Auf dem Spiel steht ja nicht nur die Quantität des Haushalts sondern auch die Qualität der Investitionen. Gerade die europäischen Politiken Forschung, Bildung, Weiterbildung, Außenpolitik und die Entwicklungspolitik schaffen einen echten europäischen Mehrwert. Hier zu sparen halten wir für falsch. Denn diese Zukunftspolitiken sind Investitionen in unsere langfristige Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Das sind Investitionen in eine gute Zukunft für unsere Kinder!

Diese europäischen Politiken brauchen wir gerade heute, um Wachstum und Jobs zu schaffen. Die British Academy hat mich in einem Brief darauf hingewiesen, dass das europäische Forschungsprogramm FP7 0,96% zusätzliches BIP und 900.000 Jobs geschaffen hat und bittet deshalb, die geforderten 100 Milliarden für das Forschungsförderungsprogramm Horizon 2020 beizubehalten. In die europäische Forschung zu investieren bringt einen echten Mehrwert für alle.

Erlauben Sie mir, eine Frage aufzuwerfen: Wie wollen wir glaubwürdig unsere Interessen in der Handelspolitik, beim Kampf gegen den Klimawandel oder in der Nachbarschaftspolitik vertreten, wenn wir die dafür notwendigen Mittel im Haushalt zusammenstreichen? Wenn wir etwa im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kein Geld haben, um in Krisenländern den Aufbau einer stabilen Demokratie zu fördern? Mit einem reinen Sparhaushalt lassen sich die ehrgeizigen Ziele der EU nicht erfüllen. Eine ambitionierte Europäische Union braucht einen ambitionierten Haushalt.

Zu einem modernen Mehrjahresrahmen gehört für das Europäische Parlament auch, dass wir endlich eine Form der Finanzplanung entwickeln, die nicht an starren, unflexiblen Haushalten festhält. Die EU braucht, wie jeder Mitgliedstaat auch, die Möglichkeit, auf sich verändernde wirtschaftliche und politische Bedingungen flexibel reagieren zu können. Ein Beispiel: Bleiben wir bei dieser Starrheit, werden wir nicht in der Lage sein, auf unerwartete Ereignisse wie derzeit in Mali flexibel reagieren zu können. Nach der im Interesse unserer aller Sicherheit erfolgten Militärintervention Frankreichs wird es notwendig werden, Mali beim zivilen Aufbau zu unterstützen. Für solche Herausforderungen brauchen wir Flexibilität, um die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen zu können. Und zwar Flexibilität zwischen den Ausgabekategorien und den Jahreshaushalten; außerdem eine rechtsverbindliche Revisionsklausel, die genauso wie die Flexibilität unter die qualifizierte Mehrheit fallen muss. Was Europa braucht, sind keine Minimalkompromisse sondern eine moderne Finanzplanung!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zur zweiten Position des Europäischen Parlaments: Europa ist für uns mehr als nur der kleinste gemeinsame Nenner. Als der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, wurde in vielen feierlichen Erklärungen lobend hervorgehoben, dass die EU jetzt effektiver werde, weil Mehrheitsentscheidungen der Regelfall sein sollten. Was wir bei der MFR-Debatte aber gerade erleben, ist, dass die Addition von 27 nationalen Interessen als der europäische Mehrwert ausgegeben wird. Kompromisse auf der Basis des Einstimmigkeitsprinzips zu erzielen, ist jedoch deutlich schwerer, als mutig eine Abstimmung durchzuführen und die Mehrheit entscheiden zu lassen.

Der von Ihnen heute diskutierte MFR, auf dem Einstimmigkeitsprinzip beschlossen, würde bedeuten, dass die Forderungen vor allem der britischen Regierung bei den

Zahlungsobergrenzen Realität würden. Rein rechnerisch würden wir die Zahlungen bis 2020 praktisch auf der Ebene des Budgets von 2011 einfrieren - das sind enorme reale Kürzungen; bei den Verpflichtungen hätten wir dann noch 2020 eine Obergrenze wie bereits 2005. Ich weiß nicht, ob das eine realistische Finanzplanung ist. Ich stelle im Übrigen die grundsätzliche Frage, ob wir berechtigt sind, über einen siebenjährigen Finanzrahmen unsere Nachfolger nicht nur im nächsten sondern auch noch jene im übernächsten Europäischen Parlament sowie die nächste und übernächste Kommission auf Haushalte festzulegen, die deutlich niedriger wären, als das was wir zur Verfügung haben. Das ist demokratiepolitisch fragwürdig. Das ist keine Planungssicherheit. Das heißt, die Augen vor einer Situation verschließen, auf die man dynamisch reagieren muss. Erlauben Sie mir den Hinweis, dass wir uns damit auf einen Zeitraum festlegen, für den sich zumindest ein Mitgliedstaat den Austritt vorbehält.

Sehr geehrte Damen und Herren,

In zahlreichen Einzelgesprächen mit Regierungschefs habe ich mir ein Bild über Ihre Haltung machen können. Wenn ich nun Ihre Positionen mit der Reaktion der Mehrheit der Europaabgeordneten, wie sie in der MFR-Resolution, der Plenardebatte und dem offenen Brief der vier Fraktionsvorsitzenden von EVP, S&D, ALDE und den Grünen zum Ausdruck kam, abgleiche, dann verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass ein MFR auf kleinstem gemeinsamen Nenner aller 27 Staaten, so wie jetzt angedacht, auf die Ablehnung des Europäischen Parlaments stoßen wird. Die gleichen Fraktionschefs haben mich darüber informiert, dass sie eine Initiative zu einer geheimen Abstimmung über den MFR gestartet haben.

Ich wiederhole noch einmal, was ich in der November-Sitzung bereits gesagt habe: Wir Volksvertreter sind zu Einsparungen bereit. Aber je weiter Sie sich vom Kommissions-Vorschlag entfernen, desto wahrscheinlicher wird es, dass Sie mit Ihrem Beschluss im Europäischen Parlament auf Ablehnung stoßen werden. Besonders wenn die Zahlungsermächtigungen nicht mit den eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen übereinstimmen.

Sollte kein MFR zustande kommen, dann wird nach Artikel 312 (4) die Obergrenze von 2013 fortgeschrieben. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das für die nächsten sieben Jahre eine Gesamtsumme von 1.026 Milliarden - das wären bereits 19 Milliarden weniger als der Kommissionsvorschlag zum MFR - aber noch immer rund 70

Milliarden mehr als die aktuellen Kürzungsvorschläge. Das Europäische Parlament könnte innerhalb einer derartigen Fortschreibung der Obergrenzen mit Jahreshaushalten, für die keine Einstimmigkeit sondern eine qualifizierte Mehrheit benötigt wird, sehr gut arbeiten. Besteht der politische Wille, kann auch unter diesen Rahmenbedingungen eine mehrjährige Programmplanung erfolgen - rechtliche Gründe, die dagegen sprächen, gibt es jedenfalls nicht. Wir sind bereit Rechtsgrundlagen für sieben Jahre zu beschließen, wenn es nötig ist. Die notwendigen Finanzmittel müssten dann in der jährlichen Planung festgeschrieben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zur dritten Position des Europäischen Parlaments: Wir werden kein strukturelles Defizit für die EU zulassen! In den letzten Jahren ist die Diskrepanz zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und den tatsächlich zur Verfügung gestellten Zahlungsermächtigungen immer größer geworden. Das muss schnellstmöglich beendet werden!

Doch der jetzt vorgeschlagene MFR würde diese auch rechtlich sehr bedenkliche Entwicklung hin zu einem strukturellen Defizit zementieren. Denn die Obergrenze bei den Zahlungen wäre gleich zu Beginn der MFR-Periode zu niedrig. Von Kommissar Lewandowski wurde uns nun eine Zahl für die "RAL", die "reste a liquider", also die aus den vorherigen Finanzperioden bereits aufgelaufenen Rechnungen für eingegangene Verpflichtungen genannt, die in der gestrigen Konferenz der Fraktionsvorsitzenden einen regelrechten Schock ausgelöst hat: Bis 2020 sollen demnach 250 Milliarden Euro fällig werden. Der Kommissionsvorschlag für den MFR 2014-2020 hat bei der Höhe der Zahlungen diese Außenstände berücksichtigt. Wenn Sie jetzt den Kommissionsvorschlag um 100 Milliarden kürzen wollen, treiben Sie die EU in die Schuldenfalle. Auch Europa bewegt sich auf ein "fiscal cliff" zu.

Erlauben Sie mir, diese Problematik etwas vereinfacht, aber dafür umso klarer zu erläutern: Wir, die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament, beschließen gemeinsam Projekte und Programme. Diese Entscheidungen sind rechtsverbindlich. In der Folge werden dann wie vereinbart diese Projekte umgesetzt, Verbindlichkeiten eingegangen und Verträge abgeschlossen, z.B. um Infrastrukturprojekte in Ihren Ländern finanziell zu unterstützen. Aber dann weigern Sie sich plötzlich, die auflaufenden Rechnungen zu bezahlen. So geschehen im Herbst des letzten Jahres.

Um die Folgewirkung zu erklären, gestatten Sie mir bitte einen kurzen Hinweis auf die aktuelle Haushaltslage 2013. Als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass die EU im Oktober 2012 bereits praktisch zahlungsunfähig war. Obwohl die Rechnungen für November und Dezember noch ausstanden, fehlten bereits im Oktober neun Milliarden Euro. Mich erreichte dann ein Brandanruf des Haushaltskommissars mit dem Inhalt: Die Mitgliedstaaten verweigern die Zahlungen! Bereits Ende Oktober waren die im Jahr 2012 zur Verfügung stehenden Zahlungen also erschöpft, die EU faktisch pleite, ein Nachtragshaushalt musste dringend verabschiedet werden! Doch von einem Finanzminister wurde mir kühl beschieden: Wir wissen, dass wir diese Verpflichtungen eingegangen sind, aber wir werden die Zahlungen trotzdem nicht leisten.

In einem mühevollen Prozess, bei dem tatsächlich einige Mitgliedstaaten die Zahlungen wochenlang einfach verweigerten, konnten am Ende sechs der neun Milliarden Euro aufgetrieben werden. Der Rest des Fehlbetrags ging auf das Jahr 2013 über; genauso wie die im Nachtragshaushalt noch gar nicht berücksichtigten Fehlbeträge für November und Dezember des vorigen Jahres. Deshalb haben wir das neue Jahr 2013 bereits mit einem faktischen Defizit von 16 Milliarden begonnen.

Von 2010 bis 2011 haben wir so 5,5 Milliarden Fehlbetrag übertragen, von 2011 bis 2012 waren es bereits 11 Milliarden und jetzt - 2013 - sind wir bei 16 Milliarden angekommen. Sie wollen aber ab 2014 die Obergrenzen für Zahlungen sogar noch absenken. Beschreiten wir den aktuellen Weg weiter, geraten wir zwangsläufig auf die abschüssige Bahn einer Defizitunion. Das ist eine absurde Situation: Wir kämpfen hart, um auf nationaler Ebene aus der Schuldenfalle rauszukommen - und auf europäischer Ebene laufen wir sehenden Auges hinein.

Als Präsident des Europäischen Parlaments, durch dessen Unterschrift der Haushalt endgültig festgestellt wird, kann, will und darf ich solche faktischen Defizithaushalte nicht akzeptieren. Ich bin auf den EU-Vertrag verpflichtet. Und dieses Vorgehen widerspricht Artikel 323, wonach das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission sicherstellen, "dass der Union die Finanzmittel zur Verfügung stehen, die es ihr ermöglichen, ihren rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen."

Sicher kann man einwenden: Bei einem überzogenen Konto muss halt bei anderen Ausgaben gespart werden. Aber das können wir ja gar nicht mehr, denn diese anderen Verpflichtungen sind rechtsverbindlich - oder wir beschließen nur noch theoretisch Programme und wissen in der Realität, dass wir sie am Ende doch nicht finanzieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie kennen die Position des Europäischen Parlaments zu Eigenmitteln. An dieser Stelle möchte ich unsere Forderung noch einmal wiederholen. Wer den EU-Haushalt mit einem vernünftigen, angemessenen Eigenmittelsystem ausstattet, der spart Geld in den nationalen Haushalten. Man kann aus ideologischen Gründen gegen Eigenmittel sein, aber pragmatische Politik ist das nicht.

Denn mit Einsparungen alleine sind diese Haushaltslöcher nicht zu stopfen. Natürlich sind die EU-Institutionen genauso wie die nationalen Behörden zu Effizienz und Sparsamkeit verpflichtet. Durch Vereinfachung, Rationalisierung und qualitative Verbesserungen kann vielfach Geld gespart werden. Das wollen wir anpacken. Nur werden diese Effizienzgewinne leider nicht ausreichen, um die Lücke zu schließen zwischen den Aufgaben, die wir zu leisten haben, und den unzureichenden Haushaltsmitteln, die wir bekommen sollen. Immer mehr Aufgaben mit immer weniger Geld, das führt zwangsläufig zu Haushaltsdefiziten. Das Europäische Parlament wird diesen Weg nicht mitgehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Morgen werden Sie über die EU-Handelspolitik beraten. Angesichts der enormen Herausforderungen vor denen die EU steht, ist die Handelspolitik ein wichtiges Instrument zur Sicherung und Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen in Europa.

Dazu müssen wir die Handelsbeziehungen zu unseren Schlüsselpartnern, etwa mit den USA und Lateinamerika vertiefen. Mexiko ist ein Land, das beeindruckende Wachstumsraten vorzuweisen hat, und mit dem wir unsere Handelsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen vertiefen sollten. Ich danke Ihnen für das Engagement, das Sie beim Lateinamerikagipfel gezeigt haben. Die Beziehungen zu Lateinamerika halte ich für zukunftsweisend.

Auch die jetzt wieder diskutierte enge Handelskooperation zwischen den USA und der EU, die in einer transatlantischen Freihandelszone münden könnte, sind für beide Seiten zum Vorteil.

Als wertegebundene Demokratien dürfen wir nie vergessen, dass Handel kein Selbstzweck sein darf. Unser Ziel muss immer auch sein, das Leben der Menschen, mit denen wir Handel treiben, zu verbessern. Bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru wurde auf Initiative des

Europäischen Parlaments zum ersten Mal ein transparenter und verbindlicher Fahrplan zur Verbesserung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie der Umweltstandards vorgelegt. Ein Beispiel, dem wir zukünftig folgen sollten. Als weltweit größter Handelsblock haben wir die Möglichkeit, positive Veränderungen für Menschen in anderen Teilen der Welt herbeizuführen. Wir sollten diese Chance nutzen.

Das Europäische Parlament hat hier und in vielen anderen Fällen gezeigt, dass es seine neuen, durch den Lissabon Vertrag erworbenen Kompetenzen konstruktiv einsetzt. Nutzen Sie die Kompetenz des Europaparlaments, indem Sie die Fachministerräte ermuntern, eng mit dem Europäischen Parlament zusammen zuarbeiten und uns frühzeitig in die Verhandlungen einzubinden.

Ein weiterer Punkt auf der morgigen Agenda ist der Arabische Frühling. Auch hier möchte ich anregen, die Handelsabkommen mit den Staaten der Region, die derzeit verhandelt werden, zu beschleunigen. Denn was diese jungen Demokratien dringend brauchen, das sind Jobs und Wirtschaftswachstum. Ohne sozialen Frieden wird es keine stabilen Demokratien geben. Das wissen wir aus unserer eigenen Geschichte. Deshalb ist es auch so wichtig, sicher zu stellen, dass diese Handelsabkommen keine negativen sozialen Folgewirkungen nach sich ziehen.

Unsere Handelsabkommen mit diesen Ländern müssen Teil einer umfassenden Mittelmeerstrategie sein. Das Europäische Parlament setzt sich auch im Rahmen der Mittelmeerunion dafür ein, durch eine enge Vernetzung der Mittelmeerregion Wachstum zu schaffen und zur Stabilisierung der jungen Demokratien in den Ländern des Arabischen Frühlings beizutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heute treffen hier beim Europäischen Rat nationale Interessen hart aufeinander. Was normal ist. Ich glaube aber nicht, dass wir uns mit der Addition von 27 nationalen Interessen zufrieden geben können. Das mag jeden Einzelnen von Ihnen am Ende als nationalen Regierungschef verständlicherweise zufrieden stellen. Aber verstehen Sie bitte auch umgekehrt, dass für Viele im Europaparlament der Geist der Europäischen Union mehr ist als die Addition von 27 nationalen Interessen.

Präsident Francois Hollande hatte recht, als er bei seiner Rede im Europäischen Parlament diesen Dienstag sagte: "C'est notre crédibilité qui se joue, crédibilité non plus financière mais politique. Au-delà de ces choix budgétaires, c'est une conception de l'Europe qui est en débat." Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments teilt diese Auffassung. Welches Europa wollen wir?

Es liegt an Ihnen, ob die heutige Sitzung des Europäischen Rates der Beginn eines Prozesses ist oder sein Ende.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.